



Im Interesse Österreichs
Österreichs Streitkräfte
in internationalen Friedensmissionen –
Wirtschaftliche Aspekte

Beiträge zur Sicherheitspolitik

Mit der Einrichtung der so genannten Bundesheerreformkommission im Herbst 2003 sollten Grundlagen für die Reorganisation des Österreichischen Bundesheeres erarbeitet werden. Der im Juni 2004 fertig gestellte "Bericht der Reformkommission – Bundesheer 2010" sieht im Wesentlichen eine aufgabenbezogene Neuausrichtung der Streitkräfte auf ambitionierte Auslandseinsätze vor. Im Bericht, der auf der Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin basiert und das Konzept zur Teilstrategie "Verteidigungspolitik" zugrunde legt, wurden keine sicherheitspolitischen Vorgaben zur Begründung des ambitionierteren Auslandseinsatzes erarbeitet, sondern vielmehr Konsequenzen für die Streitkräfteentwicklung aus den genannten Grundlagen abgeleitet. Der Nutzen von Auslandseinsätzen für Österreich konnte bislang weder in den strategischen Konzeptionen noch in den wissenschaftlichen Beiträgen ausreichend dargestellt werden.

Die Direktion für Sicherheitspolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung hat in einem Begleitprojekt zur Bundesheerreformkommission erstmals versucht, diese Frage systematisch aufzubereiten, und auch entsprechende Empfehlungen an die Reformkommission übermittelt, wobei die wichtigsten Ergebnisse im Bericht eingeflossen sind. Wichtige Einzelbeiträge dieses Projektes werden nachträglich in der Reihe "Beiträge zur Sicherheitspolitik" zugänglich gemacht.

Bernhard Pfoh ist Präsident von KeyIssues Management Consulting in München. Zuvor war er in leitender Position bei der European Aeronautic Defence and Space Company (EADS) tätig.

Impressum

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:

Brigadier Mag. Gustav E. Gustenau

Schriftleitung: Mag. Walter Matyas

Korrekturat: Doris Washiedl, Melitta Strouhal

Eigentümer, Verleger und Hersteller: Büro für Sicherheitspolitik
des Bundesministeriums für Landesverteidigung

Amtsgebäude Stiftgasse 2a, 1070 Wien

Tel. (+43-1) 5200/27000, Fax (+43-1) 5200/17068

Druck und Endfertigung: Akademiedruckerei Landesverteidigungsakademie

Der Autor gibt in dieser Studie ausschließlich seine persönliche Meinung wieder.

Aktuelle Informationen zu Publikationen des Büros für Sicherheitspolitik und
der Landesverteidigungsakademie finden Sie im Internet:

<<http://www.bundesheer.at/wissen-forschung/publikationen>>

Inhaltsverzeichnis

EINFÜHRUNG	5
ÖSTERREICHS INTEGRIERTE AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK	5
Kohärente Gesamtpolitik: "Building Blocks"	6
Österreichs Sicherheitsbeitrag: Facts and Figures.....	7
Österreichs Sicherheitsbeitrag: Facts and Figures.....	7
Einblick: Entwicklungszusammenarbeit	7
Ausblick: Landesverteidigung im europäischen Rahmen	8
INTERNATIONALE FRIEDENSMISSIONEN.....	11
Key Assets: Streitkräfte und Wirtschaft.....	11
Makroökonomische Wirkungsdynamik: "Cause and Effect Chain"	12
Wirtschafts- und finanzpolitischer Nutzen.....	13
Industrie- und technologiepolitischer Nutzen	18
Verteidigungspolitische Aspekte	21
Gesamtbilanz.....	22
EMPFEHLUNGEN	24
ANNEX.....	27
Annex 1: Österreichs Ausgaben für Auslandseinsätze.....	27
Annex 2: Österreichs Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit	29
Annex 3: Österreichs Allgemeiner Haushalt 2003.....	30
Annex 4: Österreichs geostrategische Sicherheitsinteressen.....	31

*"Our diplomacy stands for nothing
if we do not have a fleet to back it."
John Stuart Mill (1806–1873)*

Einführung

Die Formulierung einer strategischen und integrierten Außen- und Sicherheitspolitik für das 21. Jahrhundert gehört zur Herausforderung eines jeden Landes, der sich auch Österreich stellen muss. *Strategische Außen- und Sicherheitspolitik*, weil es um legitime österreichische Interessen geht, die nicht nur sicherheitspolitisch begründet sind, sondern im Kern letztlich auch eine makroökonomische Dimension haben. *Integrierte Außen- und Sicherheitspolitik*, weil umfassende Sicherheit einen konzertierten und ressortübergreifenden Ansatz verlangt, der über das klassische, und auf Landesverteidigung reduzierte Sicherheitsverständnis hinausgeht. *Integrierte Außen- und Sicherheitspolitik* auch in dem Sinn, dass in einem "Global Village" Sicherheit und Frieden nur im Rahmen der internationalen Gemeinschaft realisiert werden können. Österreich stellt sich aktiv und solidarisch dieser internationalen Verantwortung. Mit seiner umsichtigen Außen- und Sicherheitspolitik macht das Land seit vielen Jahren deutlich, dass die Mitwirkung an der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union und die Beteiligung an internationalen Friedensmissionen von UN, OSZE und NATO vereinbar sind mit Österreichs militärischer Allianzfreiheit und Neutralität.

Die Beteiligung an internationalen Friedensmissionen stellt ein wichtiges Element österreichischer Außen- und Sicherheitspolitik dar. Das Land unterstützt seit Jahrzehnten die Friedenseinsätze der Vereinten Nationen ideell, finanziell und mit einem Streitkräftekontingent von aktuell rund 1000 Mann (2003). Die Kosten- und Nutzenfrage von Streitkräften und Auslandseinsätzen steht dabei regelmäßig im Zentrum der öffentlichen und politischen Diskussion. Das vorliegende Essay versucht, dieser Debatte einige neue Aspekte hinzuzufügen und österreichische Auslandseinsätze in einen größeren, makroökonomischen Kontext zu stellen. Das Essay bietet daher eine differenzierte und komplexe gesamtwirtschaftliche Bilanz an, die auch Sekundär- und Tertiäreffekte für Österreichs Wirtschaft diskutiert beziehungsweise quantifiziert und über eine enge, isolierte Kostendiskussion österreichischer Auslandseinsätze hinausgeht.

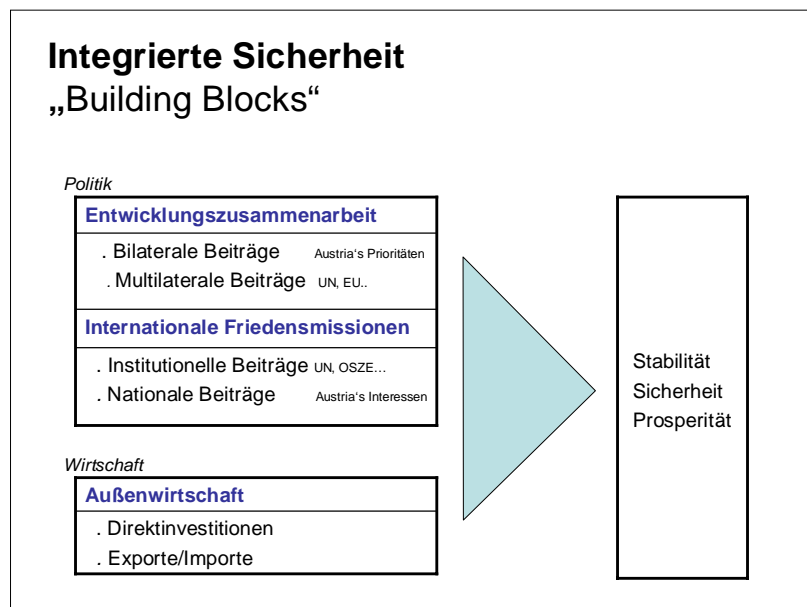
Österreichs integrierte Außen- und Sicherheitspolitik

Österreichs Außen- und Sicherheitspolitik leistet seit Jahrzehnten beachtliche Beiträge zur internationalen Sicherheit und Stabilität. Das Land erbringt diese Sicherheitsbeiträge im Rahmen einer kohärenten Gesamtpolitik, die erstens auf *nationaler* Ebene insbesondere die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie bilaterale und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit umfasst und zweitens auf *internationalem* Parkett der multilateralen Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen (UN), der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), der Europäischen Union (EU), aber auch der Kooperation mit der North Atlantic Treaty Organisation (NATO) hohe Bedeutung beizumisst. Strategische Entwicklungszusammenarbeit, eine glaubwürdige und moderne Landesverteidigung, die auch jenseits des eigenen Territoriums ihren Friedensbeitrag leistet, die Mitwirkung in UN, OSZE, EU und die Kooperation mit der NATO bilden die wichtigsten Bausteine österreichischer Sicherheitspolitik.

Diese Sicherheitspolitik ermöglicht multilaterale Engagements im gesamten Spektrum, das sowohl Krisen- und Konfliktprävention, humanitäre und militärische Intervention und Krisenmanagement als auch Konfliktnachsorge umfasst. Zu den Bausteinen dieser Politik gehören erstens die *bilaterale* Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit, die nationale Prioritäten und Interessen in definierten Regionen reflektiert, zweitens die *multilaterale* Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen von Aufbauprogrammen der UN und EU, drittens finanzielle Zuwendungen an Institutionen wie UN, OSZE und EU im Rahmen der Mitgliedschaft und der daraus resultierenden Verpflichtungen und viertens die Beteiligung an internationalen Friedensmissionen in Kooperation mit UN, OSZE, EU oder NATO. Auslandseinsätze sind damit nur ein – wenngleich auch unverzichtbares – Instrument ("Ultima ratio") zur internationalen Krisen- und Konfliktbewältigung.

Kohärente Gesamtpolitik: "Building Blocks"

Integrierte Außen- und Sicherheitspolitik erfordert jedoch über das Engagement der öffentlichen Hand hinaus auch das Engagement der Wirtschaft, wenn Sicherheit, Stabilität und Prosperität in Krisenregionen erreicht werden sollen. Erst in der Verbindung von internationalen Friedensmissionen, Entwicklungszusammenarbeit und investitionsbereiter Außenwirtschaft entsteht ein tragfähiges Ganzes. Die Wirtschaft braucht für ihre Investitionen und den Außenhandel allerdings ein Umfeld, das ein Mindestmaß an Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft garantiert. Multinationale Streitkräfte der UN beziehungsweise der von ihr beauftragten Institutionen wie EU und NATO schaffen die Voraussetzungen und den Rahmen hierfür. Die nachstehende Illustration zeigt vereinfacht die "Building Blocks" der österreichischen Sicherheitsstrategie, welche die drei Säulen Entwicklungszusammenarbeit, internationale Friedensmissionen und Außenwirtschaft zu einem ganzheitlichen Ansatz bündelt.



Für die Diskussion der makroökonomischen Effekte österreichischer Auslandseinsätze ist es von Bedeutung, den Status quo und die Größenordnung der bilateralen beziehungsweise multilateralen öffentlichen Sicherheitsbeiträge zu kennen, auch wenn die Datenbasis nicht homogen und im Fall einiger UN-Organisationen oder auch EU-Programme eine präzise Abgrenzung zwischen unmittelbaren, sicherheitsrelevanten, und mittelbaren Beiträgen schwierig ist.

Österreichs Sicherheitsbeitrag: Facts and Figures

Die wichtigsten Kennzahlen und Fakten zu Österreichs Entwicklungszusammenarbeit und internationalen Auslandseinsätzen können der nachstehenden Übersicht entnommen werden. So leistete das Land nach Angaben des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten (BMAA) für die bi- und multilaterale Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit Zahlungen in Höhe von insgesamt €552 Mio. (2002)¹, wobei für bilaterale Entwicklungsprogramme €387 Mio. und für multilaterale Aufbauprogramme €165 Mio. ausgegeben wurden. Multilaterale Entwicklungsprogramme wurden im Rahmen von EU und UN beziehungsweise OSZE abgewickelt.

Für internationale Friedensmissionen beliefen sich die Ausgaben auf insgesamt rund €85 Mio. beziehungsweise maximal €148 Mio., wobei diese Summen nationale wie sicherheitsrelevante institutionelle Beiträge (UN, OSZE) umfassen, jedoch unterschiedliche Kalkulationen widerspiegeln. Während der nationale Beitrag von €57 Mio. lediglich Personal- und Sachaufwand berücksichtigt, enthalten die auf €120 Mio. geschätzten Gesamtausgaben (2003) auch anteilige Ausrüstungskosten. Diese Schätzung basiert auf einem Benchmark² mit anderen Nationen und dürfte daher einen realistischen Maximalwert darstellen.

Im Zeitraum von 1999 bis einschließlich 2003 stellte Österreich ohne Berücksichtigung institutioneller Zahlungen und unter Berücksichtigung der oben angeführten Kalkulationsunterschiede insgesamt €344 Mio. beziehungsweise maximal €600 Mio., also im Mittel rund €69 Mio. beziehungsweise maximal €120 Mio. pro Jahr für seine Auslandseinsätze bereit.

Österreichs Sicherheitsbeitrag: Facts and Figures

	UN/OSZE	EU	NATO	Gesamt
Entwicklungszusammenarbeit				
a. Bilateral	–	–	–	€387 Mio. (2002)
b. Multilateral	€21 Mio. (2002)	€104 Mio. (2002)	–	€165 Mio. (2002)
Gesamt				€552 Mio.
Internationale Friedensmissionen				
a. Institution. Beitrag ³	€27,6 Mio. (2003) €57,0 Mio. (2003)			€344 Mio. (1999–2003)/ €600 Mio. (1999–2003)
b. Nationaler Beitrag Schätzung	€120,0 Mio. (2003) 1000 Mann (2003)	Bereitstellung 2500 Mann (2003+)	Mitglied EAPC; PfP	
Gesamt	€85 / €148 Mio.			

Einblick: Entwicklungszusammenarbeit

Die Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit ist ein integrales Element der an Sicherheit und Stabilität orientierten Außenpolitik Österreichs und tangiert damit insbesondere auch die Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie die Außenwirtschaftspolitik und Asylpolitik. Österreichische Entwicklungspo-

¹ Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten (BMAA); <<http://www.eza.at/index.php>>.

² Österreichs Ausgaben für Auslandseinsätze; Annex 1.

³ Institutioneller Beitrag: €12,7 Mio.; UN-Budgetbeitrag (1%): €10,5 Mio.; OSZE-Budgetbeitrag (2,3% bzw. 2,36%): €4,4 Mio., alle Zahlen 2003.

litik und Osthilfepolitik wird durch das BMaA formuliert und koordiniert, während die 2004 neu geschaffene Austrian Development Agency (ADA)⁴ des BMaA die Durchführung der Entwicklungsprojekte verantwortet.

ODA/OA-Budgets. Für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit beziehungsweise die Official Development Assistance (ODA) und die Official Assistance (OA) gab Österreich insgesamt rund €552 Mio. (2002) oder 0,26 % seines Bruttonationaleinkommens (BNE) aus⁵. Dabei lag die Förderung der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit mit definierten Schlüsselregionen und Schwerpunktnationen⁶ bei etwa €387 Mio. (2002) oder 70 % der gesamten öffentlichen ODA. Im Rahmen der globalen Entwicklungszusammenarbeit mit multilateralen Organisationen wie der UN, der EU und Internationalen Finanzinstitutionen stellte Österreich weitere €165,4 Mio. (2002) oder 30 % seines öffentlichen ODA-Budgets zur Verfügung. Davon waren für diverse UN-Organisationen mindestens €21 Mio. (2002)⁷ bestimmt, und für die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit der EU beziehungsweise den Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) waren Finanzmittel in Höhe von €98,4 Mio. beziehungsweise €5,3 Mio., insgesamt also rund €104 Mio. (2002) reserviert⁸.

Die Entwicklung Südosteuropas und die Förderung der Balkan-Staaten liegen dabei im besonderen Interesse der EU und Österreichs, das im Rahmen seiner so genannten Ostzusammenarbeit die dauerhafte politische Stabilität und wirtschaftliche Prosperität dieser Region anstrebt. Für diese Ostzusammenarbeit wurden im Jahr 2002 insgesamt €10,6 Mio. an öffentlicher ODA/OA ausgegeben, wovon die Schwerpunktländer Albanien und Ex-Jugoslawiens insgesamt mehr als €8 Mio. zusammen mit Rumänien und Bulgarien €9,3 Mio. erhielten.⁹

Primat der Prävention. Im unmittelbaren Vergleich der Zahlen wird deutlich, dass die Gesamtbeiträge für internationale Friedensmissionen (€84 Mio. beziehungsweise €148 Mio. in 2003) auch unter Einbeziehung missionsunspezifischer UN- und OSZE-Mitgliedsbeiträge höchstens 27 % der Gesamtausgaben österreichischer Entwicklungszusammenarbeit (€552 Mio. in 2002) ausmachen und damit dem Primat der Prävention deutlich entsprochen wird. Trotz dieser Relation stehen die Ausgaben für Auslandseinsätze sehr viel stärker in der öffentlichen Diskussion. Für eine effektive Aufbau- und Entwicklungszusammenarbeit und auch für privatwirtschaftliche Auslandsengagements ist regionale Sicherheit und damit Streitkräftepräsenz jedoch "conditio sine qua non". Hier bleibt die Aufgabe, diese Relation und Kausalität auch in der Öffentlichkeit offensiv darzulegen.

Ausblick: Landesverteidigung im europäischen Rahmen

Österreichs Sicherheitspolitik zielt darauf ab, die Souveränität und Integrität des Landes zu garantieren und im Rahmen der EU zur Sicherheit Europas beizutragen. Die Mitwirkung an internationalen Friedensmissionen der UN ist seit 1960 eine wichtige Konstante österreichischer Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Das Land ist Mitglied der EU, jedoch kein Mitglied einer militärischen Allianz. Für Österreich hat die Strukturierte Zusammenarbeit innerhalb der EU und die Kooperation mit der

⁴ Austrian Development Agency (ADA); <<http://www.ada.gv.at>>.

⁵ Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten (BMaA); <<http://www.eza.at/index.php>>.

⁶ Austrian Development Agency (ADA); <<http://www.ada.gv.at>>; Annex 2.

⁷ Bundesvoranschlag 2003: Beilage P.

⁸ Österreichische Forschungsstiftung für Entwicklungshilfe (ÖFSE): Öffentliche EZA (ODA) Österreichs; <<http://www.oefse.at>>.

⁹ Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten (BMaA); Jahresbericht 2002.

NATO [Partnership for Peace (PfP) und Euro-Atlantic Partnership Council (EAPC)], aber auch die Beteiligung an NATO-geführten Operationen seit Jahren einen besonderen Stellenwert.

Das neue Verständnis von Landesverteidigung ist dies, Auslandseinsätze als "punktuell und temporär ausgelagerte Landesverteidigung" zu interpretieren. Dahinter steht die Idee, Krisen und Konflikte in einem frühen Stadium fernab zu bewältigen, bevor diese globalen Maßstab und Österreichs Grenzen erreichen. Die veränderten Streitkräfteanforderungen spiegeln sich in einer neuen Struktur und Beschaffungspolitik wider: So wurden Verbände reorganisiert und für potenzielle UN- oder EU-Einsätze vorbereitet; Investitionen wie beispielsweise die zur Modernisierung der luftgestützten Luft- raumsicherung (Eurofighter) wurden an den neuen Aufgaben orientiert. Diese neue Form der Landes- verteidigung löst über die Auslandseinsätze Modernisierungsimpulse für die Streitkräfte aus und sorgt gleichzeitig für die erforderliche Interoperabilität bei Ausrüstung und Ausbildungsstandards.

Budget. Die Reform der österreichischen Streitkräfte und deren Auslandseinsätze wird mit einem Verteidigungsbudget bewältigt, das 2003 lediglich €1,721 Mio. und damit 2,8 % des Allgemeinen Haushalts¹⁰ betrug. Für die insgesamt rund 1000 im Auslandseinsatz befindlichen österreichischen Soldaten, militärischen Beobachter und Zivilpersonen entstanden Ausgaben in Höhe von etwa €57 Mio. beziehungsweise maximal €120 Mio.¹¹, wobei der Betrag von €120 Mio. lediglich 7 % des Verteidigungshaushalts repräsentiert. Institutionelle Beiträge für zahlreiche sicherheitsrelevante UN- Organisationen und für die OSZE erreichten im Jahr 2003 weitere €28 Mio.

Zum Vergleich gab Finnland 5,5 % seines Haushalts oder rund €1952 Mio. (2003) für die Vertei- digung und davon €519 Mio. für Beschaffungen aus. Das Land, das wie Österreich zur EU und nicht zur NATO gehört, hatte ebenfalls etwa 1000 Soldaten in Auslandseinsätzen, wofür Kosten in Höhe von €102 Mio. anfielen, die sich das Außen- und Verteidigungsministerium im Verhältnis 50:50 teil- ten¹². Während Finnland rund \$ 375/Einwohner für Verteidigung bereitstellt, sind es in Österreich gerade \$ 210/Einwohner.

Industrie. Eine moderne Landesverteidigung verlangt eine moderne Ausrüstung, und damit eine (zumindest kleine) innovationsstarke und wettbewerbsfähige Verteidigungs- und Dual-use-Industrie. Auch für Österreich ist es entscheidend, über einige Hightech-Unternehmen und Schlüsseltechnolo- gien zu verfügen, die auch als Subsystemlieferanten oder Niche-Player für internationale Kooperatio- nen attraktiv sind, sich an europäischen Gemeinschaftsprogrammen und Konsolidierungen beteiligen und frühzeitig an europäischen F&T-Projekten teilnehmen. Hier nochmals der Hinweis auf Finnland, das europäische Beteiligungen an seinem Technologie- und Rüstungskonzern Patria Industries Oyj (EADS-Beteiligung: 26,8 %) zulässt und auch an europäischen Programmen (Endfertigung Helikopter NH90) teilnimmt. Schwedens Präsenz auf dem europäischen Rüstungsmarkt ist ein weiteres Beispiel.

Österreichs Beteiligung an internationalen Friedensmissionen der UN, EU und NATO bietet der österreichischen Verteidigungsindustrie, die 2002 mit insgesamt rund 2000 Beschäftigten einen Um- satz von etwa €190 Mio. erzielte¹³, neue Geschäftsimpulse und größere Absatzmärkte. Die Fortschrit- te bei der gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und der Strukturierten Zusammenarbeit sollte auch Österreichs Industrie die Vernetzung mit der sich konsolidierenden euro- päischen Rüstungsindustrie ein ganzes Stück erleichtern. Kurz: Österreichs Verteidigungsindustrie profitiert von österreichischen Auslandseinsätzen nicht nur durch Aufträge aus dem Land, sondern

¹⁰ Österreichs Allgemeiner Haushalt 2003; Annex 3.

¹¹ Österreichs Ausgaben für Auslandseinsätze; Annex 1.

¹² Finnlands Ministry of Defence: Defence Budget 2003; <<http://www.defmin.fi>>.

insbesondere durch den größeren europäischen Rüstungsmarkt. Die schrittweise EU-Erweiterung bietet für Österreichs Rüstungs- und Dual-use-Industrie prinzipiell nochmals weitere Marktpotenziale.

Vereinte Nationen. Die Bilanz des österreichischen Sicherheitsbeitrags ist mit Blick auf die Vereinten Nationen beeindruckend: So hat das Land im Zeitraum von 1960 bis Ende 2003 weltweit mit mehr als 50 000 Personen an über fünfzig UN-Friedenseinsätzen teilgenommen und im Zeitraum 1999–2003 insgesamt rund €344 Mio. beziehungsweise geschätzte €600 Mio. an nationalen missionspezifischen Mitteln dafür ausgegeben. Weitere institutionelle Beiträge kamen hinzu: So belief sich Österreichs finanzieller Beitrag zu dem aus der UN-Mitgliedschaft resultierenden regulären UN-Budget auf etwa \$ 12,8 Mio. (2003) oder rund 1 % des UN-Gesamthaushalts¹⁴. Darüber hinaus erreichten pauschale österreichische Beitragszahlungen für zahlreiche flankierende UN-Missionen die Größenordnung von weiteren etwa €12,7 Mio. (2003)¹⁵.

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Die OSZE leistet seit 1975 mit ihren 55 Teilnehmern einen wichtigen Beitrag zur Stabilität in Europa und widmet sich dabei insbesondere der Frühwarnung und Konfliktverhütung sowie dem zivilen Krisenmanagement und der Konfliktnachsorge. Als Gastland der OSZE fördert Österreich die Integration und Interaktion der neuen Nachbarn einer erweiterten EU und NATO. Die dauerhafte Stabilisierung des Balkans und Südosteuropas sowie der Lage im Kaukasus und in Zentralasien sind dabei für Österreich von strategischem und wirtschaftlichem Interesse. Unter Führung der OSZE und mit österreichischer Beteiligung finden aktuell zehn Friedensmissionen auf dem Balkan, im Baltikum und in den GUS-Staaten statt. Österreichs finanzieller Beitrag zum OSZE-Gesamtbudget in Höhe von €185,7 Mio. (2003) erreichte bei Beitragssätzen von 2,30 % beziehungsweise 2,36 % rund €4,4 Mio.¹⁶

Europäische Union. Österreich beteiligt sich seit 1995 als Mitglied der Europäischen Union an allen Fragen etwa der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, des EU-Konvents, der EU-Erweiterung, der Forschungs- oder Entwicklungspolitik. Das Land trägt mit €2,5 Mrd. oder 2,5 % zum EU-Haushaltsvolumen von €100 Mrd. (2004) bei.

Die Entwicklung einer gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESDP) und die Schaffung europäischer Fähigkeiten zur Erfüllung humanitärer und militärischer "Petersberg-Aufgaben" werden von Österreich mitgetragen. Die gemeinsame Verteidigung der EU ist Bestandteil der österreichischen Bundesverfassung. Der EU-Vertrag von Amsterdam sieht eine verstärkte Solidaritätspflicht, allerdings keine Beistandspflicht vor. Österreich hat sich im Rahmen der "European Headline Goals" bereit erklärt, ab 2003 ein Streitkräftekontingent von etwa 2500 Soldaten für EU-geführte Auslandsoperationen vorzuhalten. Die Kräfte für Internationale Operationen (KIOP), die 2003 Gesetz wurden, stellen Österreichs Beitrag zur gemeinsamen europäischen Friedensarchitektur dar. Die von Frankreich und Großbritannien initiierten und auch von Deutschland gestützten Überlegungen zu einer Europäischen Eingreiftruppe bieten auch für Österreich weitere Integrationsansätze.

North Atlantic Treaty Organisation. Österreich kooperiert seit 1995 als Mitglied der NATO-Initiative "Partnership for Peace" (PfP) mit der Allianz sowie anderen PfP-Partnern und hat Beobachterstatus im 1997 gegründeten "Euro-Atlantic Partnership Council" (EAPC). Als PfP-Partner nahm das Land von 1995 bis 2001 an der NATO-geführten multinationalen Friedensoperation in Bosnien

¹³ Austrian Defence Industry Association: Austrian Military Suppliers 2002.

¹⁴ UN Office of the Spokesman of the Secretary General: Regular Budget 2003; <<http://www.un.org/news/ossghon2003>>.

¹⁵ Bundesvoranschlag 2003: Beilage P.

¹⁶ OSCE: Unified Budget 2003 and Standard Scale of Contribution; <<http://www.osce.org>>.

und Herzegowina (IFOR/SFOR) teil und beteiligt sich seit 1999 auch im Rahmen der NATO Peacekeeping Mission KFOR im Kosovo. Mit Blick auf die NATO steht der sicherheitspolitische Dialog, aber auch die Schaffung interoperabler Strukturen sowie homogene Ausbildungs- und Ausrüstungsstandards im Mittelpunkt des österreichischen Interesses.

Internationale Friedensmissionen

In einer interdependenten Welt erreichen regionale Krisen und Konflikte häufig rasch globale Relevanz, die die Völkergemeinschaft zum Handeln zwingt. Die Ereignisse auf dem Balkan, in Afghanistan oder in Ruanda sind in bleibender Erinnerung und bestimmen auch heute noch unsere Realität. Friedensmissionen der internationalen Gemeinschaft erfüllen die wichtige Funktion, die Sicherheit und Lebensgrundlagen in einer durch Krisen, Konflikte und Gewalt gefährdeten oder bereits destabilisierten Region (wieder)herzustellen. Entscheidend ist jedoch, dass die Internationale Gemeinschaft den Streitkräften rasch mit umfassenden Aufbauprogrammen, Investitionen und Außenhandel folgt, um schrittweise Aufschwung und Prosperität in Krisenregionen zu bringen.

Key Assets: Streitkräfte und Wirtschaft

Erfolgreiche Sicherheitspolitik basiert auf modernen, koalitionsfähigen Streitkräften, öffentlichen Aufbauprogrammen und auf einer wettbewerbsfähigen Außenwirtschaft. Während Politik und Streitkräfte im Rahmen von UN, EU und NATO-Einsätzen durch ihre Intervention und Präsenz den Sicherheitsrahmen schaffen, müssen internationale Wirtschaftsprogramme sowie Unternehmen, Direktinvestitionen und Handel rasch folgen. Die Wirtschaft braucht ein sicheres und auch rechtssicheres Umfeld, damit Investoren und Exporteure den Schritt in Krisenregionen wagen. Die Zunahme an Prosperität bedeutet wiederum auch ein Mehr an Stabilität und Sicherheit, sowohl für die betroffene Region als auch für die durch grenzüberschreitende Kriminalität und Migration gefährdeten Nachbarstaaten. Weniger Wirtschaftsflüchtlinge, eine Entlastung der Sozialbudgets und eine Zunahme an innerer Sicherheit sind die Folge.

Es ist legitim und für den Erfolg von Auslandseinsätzen sogar entscheidend, dass beteiligte Nationen nicht nur dem Sicherheitsrational, sondern auch einem wirtschaftspolitischen Kalkül folgen und ökonomische Interessen haben, da hier in einer "Win-win"-Situation sowohl die betroffene Krisenregion als auch beteiligte Nationen davon profitieren. Die großen Industrienationen USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland verbinden ihre sicherheitspolitischen Engagements auch mit klaren wirtschaftlichen Interessen, und ein "Return-on-Investment" ist ausdrücklich erwünscht. Die Beteiligung an internationalen Friedensmissionen bedeutet für diese Nationen exklusiver Marktzugang, Informationsvorsprung und "besondere" Rechte. Wie weit dies im Extremfall gehen kann, zeigt die anfängliche amerikanische Auftragsvergabe politik zum Wiederaufbau des Irak. Auf den Punkt gebracht: John Stuart Mill und mit ihm die großen Industrienationen würden heute vermutlich das eingangs erwähnte Zitat um den ökonomischen Aspekt "... and our armed forces stand for nothing if we do not have an economy to benefit from it" pragmatisch erweitern.

Für Österreich bedeutet dies, dem wirtschaftspolitischen Kalkül eine adäquate Bedeutung beizumessen und den "Return-on-Investment" zumindest anzustreben. Strategische Gesamtpolitik muss Österreichs sicherheitspolitische *und* makroökonomische Interessen reflektieren. Auslandsstreitkräfte sind heute nicht nur Sicherheitsgarant, sondern auch "Eintrittskarte" für eine wettbewerbsfähige

und investitionsfreudige Außenwirtschaft, die der Krisenregion *und* Österreich Wachstums- und Beschäftigungsimpulse gibt und im Fall von europäischen Aufbauprogrammen nationale EU-Beiträge zumindest partiell zurückholt.

Moderne Sicherheitspolitik ist also weit mehr als die Organisation von Landesverteidigung und Auslandseinsätzen: internationale Friedensmissionen sind strategische Investitionen in die Zukunft, da stabile und befriedete Regionen die Wirtschaftsräume und Märkte von morgen sind. Der gesamtstaatliche Nutzen aus der Beteiligung an Auslandseinsätzen besteht damit nicht nur aus einem Mehr an äußerer und innerer Sicherheit, sondern er wird auch an Indikatoren wie Wirtschaftswachstum, Handelsbilanz, Beschäftigung, Steueraufkommen oder Devisen erkennbar.

Makroökonomische Wirkungsdynamik: "Cause and Effect Chain"

Die Darstellung der Wirkungsdynamik und der Effekte von Auslandsengagements auf Österreichs Sicherheit und Wirtschaft kann angesichts komplexer Interdependenzen sicher nur andeutungsweise gelingen. Hierzu wäre eine äußerst detaillierte makroökonomische Input-Output-Analyse erforderlich, die auch Sekundär- und Tertiäreffekte über gewisse Zeiträume berücksichtigen müsste. Nicht alle Phänomene und Einflüsse sind daher quantitativ belegbar – auch deshalb, weil es zu diesem (fehlenden!) makroökonomischen Modell auch keinen adäquaten Datensatz gibt.

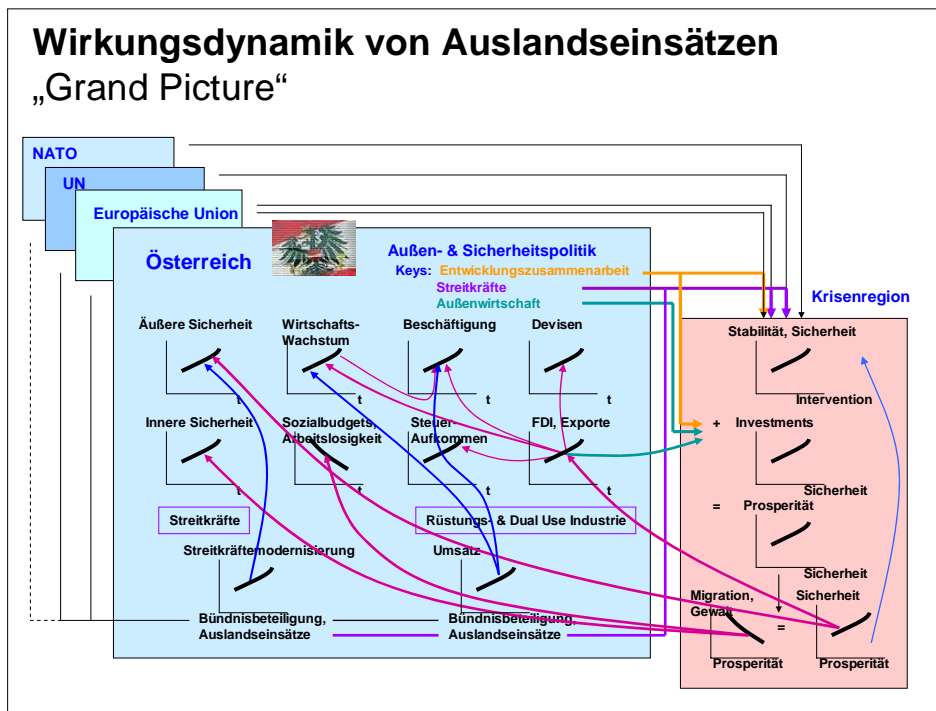
Das folgende "Grand Picture" ist daher lediglich die Annäherung an einen komplexen Gesamtzusammenhang, in dem österreichische Auslandsengagements zu sehen sind. Die Illustration zeigt die Wirkungsdynamik von Auslandseinsätzen und adressiert zumindest die wichtigsten Bereiche beziehungsweise Nutzenaspekte.

Die Prinzipskizze unterstellt, dass mit der Intervention von Streitkräften die Sicherheit und Stabilität dieser Region zunimmt, wobei Österreichs Auslandseinsätze hier stets in einem größeren Kontext von UN, EU, OSZE oder NATO zu sehen sind. Stabilität ist die Voraussetzung dafür, dass Wirtschaft und Handel mit Firmengründungen, Direktinvestments (FDIs) und Exporten/Importen den Aufbau und Aufschwung der betroffenen Region stützen. Auf den einfachen Nenner gebracht: Intervention plus Investition bewirken Stabilität und Prosperität.

Zunehmende Prosperität bedeutet jedoch nicht nur einen Zuwachs an Sicherheit in dieser Krisenregion, sondern sie stößt den entscheidenden Nutzenprozess in Richtung Österreich an:

Prosperität in der Krisenregion reduziert Migrationsneigung und Flüchtlingsströme, damit aber auch den häufig damit verbundenen Armuts-, Kriminalitäts- und Gewaltexport. Dies bedeutet für Österreich nicht nur einen Zuwachs an innerer Sicherheit, sondern auch eine Entlastung der angespannten Sozialbudgets, die unter anderem auch Integrationsprobleme, Arbeitslosigkeit oder Armut lösen sollen.

Prosperität und Sicherheit in der Krisenregion lösen jedoch wiederum weitere gewaltige "Pull"-Effekte auf Österreichs Außenwirtschaft aus, die sich durch höhere Nachfrage und Handelsvolumina (Export/Import von Waren und Dienstleistungen) und verstärkte Direktinvestitionen auszeichnen. Diese Faktoren wirken positiv auf das Wirtschaftswachstum, die Außenhandelsbilanz, die Beschäftigung und damit das Steueraufkommen, aber auch auf die Devisen des Landes.



Mit Blick auf Österreichs Streitkräfte sowie Rüstungs- und Dual-use-Industrie bedeuten Auslandseinsätze primär Nachfrage und Umsatz für die heimische Industrie. Wirtschaftswachstum, Hightech-Impulse und positive Beschäftigungseffekte sind die unmittelbare Folge. Durch das Zusammenwirken mit anderen europäischen Missionspartnern profitiert Österreichs Verteidigungsindustrie von einem größeren Markt (EU), von strategischen Marktzugängen und neue Geschäftschancen. Erwünschter Nebeneffekt: Durch die Beteiligung an internationalen Friedensmissionen verstetigt sich gleichzeitig die Streitkräftemodernisierung mit weiteren Wachstums- und Beschäftigungsimpulsen für die österreichische Industrie.

Wirtschafts- und finanzpolitischer Nutzen

Österreichs Wirtschaft braucht ein sicheres und stabiles Europa. Das ist der Wirtschaftsraum, in dem Österreich primär seine Interessen hat und seine Investitionen tätigt beziehungsweise seinen Handel abwickelt. Die EU nimmt als wichtigster Wirtschaftsraum wertmäßig etwa 85 % der österreichischen Exporte in Höhe von rund €65,5 Mrd. (2002) auf, Deutschland als größter Wirtschaftspartner allein ca. 38 %¹⁷. Diese Handelsbeziehung stagniert allerdings auf hohem Niveau. Für Österreich sind daher die Wachstumsregionen Mittel- und Südosteuropas (MOE/SOE) von besonderem Interesse, mit denen das Land etwa 16 % (2002) seiner Exporte abwickelt und dabei einen Handelsbilanzüberschuss von rund €3,3 Mrd. erzielt.¹⁸ Führende Wirtschaftsinstitute in Österreich gehen davon aus, dass allein die Öffnung des Ostens dem Land in der letzten Dekade ein zusätzliches Wirtschaftswachstum von 0,5 Prozentpunkten pro Jahr und eine Nettoerhöhung von 20 000 Arbeitsplätzen brachte¹⁹.

¹⁷ Statistik Austria: Österreichs Außenhandel – Ländergliederung.

¹⁸ Wirtschaftskammer Österreich: Außenwirtschaft Österreich (AWO) 2002; <<http://www.wko.at>>.

¹⁹ EU Business News: Austrian economy overtakes that of giant Germany, October 2003; Reference: Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) und ÖIR.

Fokus: Mittel- und Südosteuropa. Beachtliches Wirtschaftswachstum und Außenhandelserfolge österreichischer Firmen kommen seit Jahren aus den MOE/SOE-Staaten. In den Ländern Ex-Jugoslawiens und Albaniens tragen österreichische Streitkräfte gemeinsam mit anderen Partnern dazu bei, dass sichere Rahmenbedingungen für den Wiederaufbau und Wirtschaftsaufschwung entstehen. Im Kern geht es auch darum, milliardenschwere österreichische Auslandsinvestitionen und Exportvolumina strategisch abzusichern. Anders formuliert: Große Außenwirtschaftspotenziale können in diesem Teil Europas und auch anderswo erst durch die Präsenz von Streitkräften als "Key enabler" realisiert werden.

a. Außenwirtschafts-Boom. Die Größenordnung des wirtschaftspolitischen Nutzens von Streitkräften im Ausland ist für Österreich in der MOE/SOE-Region am leichtesten nachzuvollziehen. In die eng begrenzte Region Ex-Jugoslawiens und Albaniens (hier als SOE-1 bezeichnet) exportierte das Land mit hohen zweistelligen Wachstumsraten Waren im Wert von €1,65 Mrd. (2002). Österreichs Wirtschaft verzeichnete dort einen Bestand an Direktinvestitionen (FDIs) in Höhe von etwa €2 Mrd. (2002) und gründete dabei mehr als 335 Firmen, Joint Ventures (JVs) und Repräsentanzen. Der Handelsbilanzüberschuss mit dieser Region erreichte immerhin etwa €1,2 Mrd. (2002).

Österreichs primäres Interesse an einer stabilen MOE/SOE-Region wird angesichts der Indikatoren für diesen großen Wirtschaftsraum verständlich: So erreichte der Export in diese Staaten einen Gesamtwert von etwa €12,4 Mrd. (2002), der Handelsbilanzüberschuss €3,3 Mrd. und Österreichs Bestand an Direktinvestitionen insgesamt €14 Mrd.

Fazit: Österreichs Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen "vor der Haustüre" gilt es zu wahren und im gesamteuropäischen Interesse mit Streitkräftebeiträgen sowie multilateralen Aufbauprogrammen zu flankieren.

Österreichs Außenwirtschaft: MOE/SOE-Staaten

Staaten	Exporte ²⁰		Handelsbilanz ²¹ 2002 €Mio.	Direktinvestitionen ²²		Firmen, JVs Repräsen- tanzen ²³
	2002 €Mio.	Veränderung % gg.2001		2002 Bestände € Mio.	2005	
Polen	1301,5	(+7,1%)	375,3	800	2005	>1000
Tschechien	2247,5	(+4,5%)	11,7	1050	4120	3000
Slowakei	1065,7	(+12,6%)	-134,1	213	1083	1700
Ungarn	3335,4	(+0,6%)	779,0	62	2480	2000
Slowenien	1398,1	(+9,0%)	614,3	154	1244	400
Total MOE	9348		1646	2279	10 932	> 8100
Kroatien	992,7	(+12,0%)	628,5	457	1769	n.a.
Bosnien und Herzegowina	232,0	(+29,6%)	189,7))	135
Serbien und Montenegro	338,2	(+33,0%)	268,1)=153)=224	> 120
Mazedonien	68,4	(+21,1%)	59,0))	80
Albanien	16,5	(+80,0%)	13,4	-2	5	n.a.
Total SOE-1	1648		1159	608	1998	> 335
Rumänien	816,9	(+19,1%)	311,1	61	531	> 2600
Bulgarien	265,1	(+8,0%)	145,9	147	404	n.a.
Ukraine/ Moldawien	292,1	(+2,6%)	32,6	4 201		> 200
Total SOE-2	1374		490	212	1136	> 2800
Total MOE/SOE	€12,4 Mrd.		€3,3 Mrd.	€3,0 Mrd.	€14,0 Mrd.	12 000

b. Beschäftigungseffekte und Staatseinnahmen. Österreichs Außenwirtschaft schafft durch FDI nicht nur Arbeitsplätze in der Region, sondern bringt durch Exporte vor allem Wirtschaftswachstum und Beschäftigung ins eigene Land. Die multinationale Streitkräftepräsenz trägt in den SOE-1 Staaten ganz unmittelbar zu diesem Warenaustausch bei. Das Exportvolumen in diese Region erreichte bereits €1,65 Mrd. (2002), was einem Plus von 19 % gegenüber dem Vorjahr entspricht. Unter der Annahme

²⁰ Wirtschaftskammer Österreich; Publikationen; <<http://portal.wko.at>>.

²¹ Statistik Austria: Außenwirtschaft Österreich (AWO) – Österreichs Außenhandel im Jahr 2002 nach Regionen.

²² BMWA, C2/5: Ausländische Direktinvestitionen in Osteuropa (Neuinvestitionen und Bestände 2002); <<http://www.aussenwirtschaft.info>> und <<http://www.aussenwirtschaft.info/content/investitionen/fdi2001/europa.html>> sowie Wirtschaftskammer Österreich: Pressedienst Direktinvestitionen Österreichs im Ausland 2002.

²³ WIFO, Foreign Direct Investment in Ceecs and the former Soviet Union with special attention to Austria FDI. activities, Februar 2003. Wirtschaftskammer Österreich; Publikationen; <<http://portal.wko.at>>.

eines österreichischen Pro-Kopf-Umsatzes von €150 000 entspräche dies einem allein durch Export induzierten "SOE-1 Beschäftigungseffekt" von 11 000 heimischen Arbeitsplätzen, damit einer Brutto-Lohn- und Gehaltssumme von etwa €320 Mio. (2002) und Staatseinnahmen (Lohnsteuer, Sozialversicherungsbeiträge etc.) in Höhe von rund €100 Mio.²⁴

Bezogen auf den großen Wirtschaftsraum aller MOE/SOE-Staaten dürfte der allein aus Exporten (€12,4 Mrd.) ableitbare Beschäftigungseffekt für Österreich bei etwa 80 000 Arbeitsplätzen liegen, was einer Brutto-Lohn- und Gehaltssumme von etwa €2,3 Mrd. entspricht und zu Staatseinnahmen in einer Größenordnung von rund €750 Mio. führt.

Fazit: Auslandsstreitkräfte "sichern" also nicht nur Österreichs Direktinvestments, sondern ermöglichen gerade in der schwierigen Wiederaufbauphase das "Perpetuum Mobile" der Warenströme mit allen positiven Wirtschaftseffekten für das Land.

c. Devisenbringer. Ein Blick in die Außenhandelsbilanz zeigt, dass Österreich 2002 gegenüber den MOE/SOE-Staaten einen Handelsbilanzüberschuss in Höhe von €3,3 Mrd. erzielte, zu dem die SOE-1 Staaten immerhin €1,2 Mrd. beisteuerten. Diese Deviseneinnahmen stellen vor dem Hintergrund eines Außenhandelsdefizits gegenüber der EU (€4,2 Mrd.) einen beachtlichen Beitrag zum Ausgleich der Gesamthandelsbilanz dar.

Fazit: Österreichs Streitkräftepräsenz ermöglicht zumindest mittelbar und anteilig wichtige Deviseneinnahmen für das Land.

d. Sozialbudget-Effekte. Ein stabiles und wirtschaftlich prosperierendes Mittel- und Südosteuropa ist in Österreichs Interesse, denn Sicherheitsdefizite und Wohlstandsgefälle bringen zum Beispiel (Wirtschafts-)Flüchtlinge, illegale Migration oder grenzüberschreitende Kriminalität hervor. Die Absicherung der Landesgrenzen (immerhin 1300 km Grenze mit der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn) durch Streitkräftepräsenz in der Krisenregion *und* an Österreichs Außengrenzen hat daher hohe Priorität. Die EU stellt allein im Zeitraum 2004–2006 insgesamt €850 Mio. zur Sicherung von Österreichs Außengrenzen bereit. Neben den Schäden, die dem Land durch organisierte Kriminalität und Gewalt entstehen, bedeuten Flüchtlinge und Wirtschaftsasylanten eine nicht zu vernachlässigende Belastung des österreichischen Sozialbudgets, das hohe Kosten bezüglich etwa Integration, Sozialhilfe oder Arbeitslosigkeit verkraften muss.

Aus den Ländern Ex-Jugoslawiens kommen allein 45 % der rund 0,7 Mio. Ausländer Österreichs. Dabei ist die Arbeitslosenquote von AusländerInnen mit 9,5 % gegenüber der von InländerInnen (6,5 %) deutlich erhöht (2002). Die Zahl der vorgemerkten arbeitslosen AusländerInnen ist gegenüber 2001 um 18 % auf mehr als 36 000 gestiegen. Bei fiskalischen Arbeitslosenkosten von durchschnittlich rund €16 000 pro Jahr²⁵ bis €20 000 pro Jahr²⁶ (Arbeitslosengeld, Sozialversicherungsbeiträge inkl. entgangene Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge) belasten die ca. 30 000 arbeitslosen AusländerInnen aus dem ehemaligen Ex-Jugoslawien Österreichs Sozialbudget rein rechnerisch

²⁴ Statistik Austria: Lohn- und Gehaltssumme; <http://www.statistik.at/statistische_uebersichten/deutsch/pdf/k05t_3.pdf>; Basis: Durchschnitt Brutto-Lohn- und Gehalt pro Arbeitnehmer: €2440 p.m. bei durchschnittlich 32,5% Abzügen (2002).

²⁵ Zukunftsdialog Salzburg 2002: "Gemeinsam Arbeit schaffen"; <http://www.salzburg.gv.at/ul200211_21.pdf>.

²⁶ Jahresbericht des österreichischen Rechnungshofes 2002; <http://www.rechnungshof.gv.at/Berichte/Bund/Bund_2002_2/Bund_2002_2.pdf>; zitiert in <<http://ibe.co.at/web/aktuell314.pdf>> mit €1800 p.m. entsprechend €21 600 p.a. (2002). Zum Vergleich: Deutschland rd. €18 300 p.a. (2001); Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung IAB.

mit ca. €500 Mio. pro Jahr. Beide Faktoren, eine durch rechtzeitig initiierte Friedensmissionen verhinderte Migration oder eine durch Auslandseinsätze geförderte Rückkehr von Flüchtlingen, haben damit das Potenzial, die hohen Kosten für die Soziale Wohlfahrt, die Österreichs Bundeshaushalt mit etwa €18,9 Mrd. (2003) belasten, zu reduzieren.

Fazit: Auslandseinsätze, die zusammen mit der Außenwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit zur Sicherheit und Prosperität beitragen, entlasten das Sozialbudget mehr als sie an Kosten verursachen. Darüber hinaus ist es auch für alle Flüchtlinge von unschätzbarem Vorteil, wenn sie in ihrer vertrauten Kultur bleiben und sich in ihrem sozialen Umfeld wieder Zukunftsperspektiven erarbeiten können.

e. Bilanz: Wirtschaftlicher Nutzen versus Streitkräfteausgaben. Der gesamtwirtschaftliche Nutzen österreichischer Auslandseinsätze wird bereits am Mikrokosmos der SOE-1 Staaten unmittelbar nachvollziehbar. Auf den Punkt gebracht: Österreich exportierte rund €1,65 Mrd. (2002) in diese Region und erzielte einen Handelsbilanzüberschuss von €1,2 Mrd. (2002). Der SOE-1-Beschäftigungseffekt für Österreich dürfte bei etwa 11 000 Arbeitsplätzen (Exporte) liegen, wobei diese Beschäftigten durch Steuerabgaben letztlich etwa €100 Mio. Staatseinnahmen bewirken. Wäre durch die Präsenz österreichischer Streitkräfte (und die damit induzierte Zunahme an Sicherheit in den SOE-1 Staaten) eine Rückkehrbereitschaft von beispielsweise 20 % (entsprechend 6000 Personen) der arbeitslosen Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien erreichbar, so entlastete dies Österreichs Sozialbudgets um rund €100–120 Mio. pro Jahr.

Diesen Aktiva stehen auf der anderen Seite Ausgaben für Österreichs Auslandseinsätze gegenüber. Mit Blick auf die SOE-1 Region beliefen sich diese für das Jahr 2002 je nach Kalkulationsbasis auf €40 Mio. beziehungsweise höchstens €64 Mio. Diese Beträge machen deutlich, dass erstens die Ausgaben für Friedensmissionen im unmittelbaren Vergleich zur makroökonomischen Gesamtwirkung fast vernachlässigbar sind, zweitens die Nutzen-/Kosten-Relation deutlich positiv ausfällt und drittens mit strategisch eingesetzten Streitkräften ein beachtlicher gesamtwirtschaftlicher "Leverage Effect" erzielt werden kann.

Österreichs Auslandseinsätze: Ausgaben 2002

Staaten	# Streitkräfte	Personalkosten und Sachaufwand ²⁷ €Mio.	Gesamtausgaben ²⁸ €Mio.
SOE	530	39,6	63,6
Syrien	370	17,0	44,4
Sonst. Ausland	100	7,2	12,0
Total	1000	63,8	120,0

Erfolgsbilanz. Die gesamtwirtschaftliche Erfolgsbilanz, die erst durch die Mitwirkung an internationalen Friedensmissionen für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ermöglicht wird, bleibt selbst dann bestehen, wenn die Gesamtausgaben für Auslandseinsätze tatsächlich €120 Mio. pro Jahr erreichten und dieser Zahl keine weiteren Außenwirtschaftserfolge aus anderen Regionen außerhalb Südosteuropa-

²⁷ Bundesministerium für Landesverteidigung: Zahlungen für Internationale Einsätze des Bundesheeres (1999–2003).

²⁸ Österreichs Ausgaben für Auslandseinsätze; Annex 1.

pas gegenüberstünden, in denen Österreich ebenfalls Auslandsstreitkräfte stehen hat (Syrien, Zypern, Afghanistan etc). Österreichs Außenwirtschaftserfolge einschließlich Wachstumsraten in Mittel- und Südosteuropa sind überwältigend und geeignet, die Diskussion um die Kosten der internationalen Friedensmissionen zu marginalisieren.

Die Empfehlung kann daher nur sein, österreichische Auslandseinsätze als strategische Assets und Marktöffner zu begreifen sowie Streitkräfte als "Key enabler" von Außenwirtschaftserfolgen zu werten. Der bestmögliche makroökonomische Nutzen aus internationalen Einsätzen wird dort entstehen, wo eine konzertierte Gesamtpolitik strategisch, das heißt vorab Interessen- und Aktionsräume (Außen- und Sicherheitspolitik: potenzielle Einsatzregionen; Wirtschaft: neue und lukrative Märkte) definiert und aufeinander abstimmt. Die im Februar 2004 implementierte Stabstelle "Strategische Außenwirtschaft"²⁹ und die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) in Kooperation mit der Wirtschaftskammer Österreichs (WKÖ) gestartete Initiative "go international" bietet hierzu Ansatzpunkte, die übergeordneten politischen Zielsetzungen (z.B. Auslandseinsätze) und makroökonomischen Interessen miteinander abzugleichen beziehungsweise zu verbinden. Bei diesen Strategieüberlegungen sollte jedoch auch ein neues, größeres "Board" in Erwägung gezogen werden, das dann konsequenterweise neben den beiden Institutionen auch die Direktion für Sicherheitspolitik und das BMA einbezieht und so ein kohärentes Ganzes entsteht.

Industrie- und technologiepolitischer Nutzen

Die EU-Mitgliedsstaaten verstärken seit Jahren ihre Bemühungen zu einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Auch die Konsolidierung der europäischen Verteidigungsindustrie sowie die Schaffung eines Europäischen Forschungsraumes (Vernetzung nationaler und gemeinsamer F&T-Programme und Forschungszentren etc.) machen weitere Fortschritte.

Vor diesem Hintergrund verfolgen die EU-Staaten ihre Ambitionen zu einer schnellen Europäischen Eingreiftruppe für humanitäre und militärische Einsätze, wie sie im Rahmen der "Petersberg-Aufgaben" definiert sind. Österreich unterstützt diese Anstrengungen im Rahmen von KIOP mit der Bereitstellung von 2500 Soldaten und kooperiert im Rahmen von UN-mandatierten Friedensmissionen schon heute mit seinen europäischen Partnern. Diese gemeinsamen Auslandseinsätze erfordern die Interoperabilität aller Streitkräfte und damit eine gemeinsame Rüstungsplanung, weitestgehend gemeinsame Produktentwicklung und eine grenzüberschreitende, integrierte F&T-Politik. Effiziente Auslandseinsätze setzen eine effiziente europäische industrie- und technologiepolitische Kooperation voraus.

Europäische Sicherheit – Konzertierte Aktionen. Europa braucht gemeinsame Strukturen, Programme und Assets, um internationale Sicherheitsverantwortung übernehmen und seine Interessen verteidigen zu können. Die Wege zu einem europäischen Rüstungsmarkt, zu gemeinsamen Institutionen wie der European Armaments Agency (EAA), aber auch zu einer sich weiter integrierenden Verteidigungsindustrie und RTD-Wissensbasis sind vorgezeichnet. Die gemeinsamen Auslandseinsätze mit anderen europäischen Partnern bieten für Österreich schon heute genügend Ansatzpunkte, seine Rüstungs-, Industrie- und Technologiepolitik auf Europa hin auszurichten und mit den Partnern inte-

²⁹ Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA); <<http://www.bmwa.gv.at/BMWA/Themen/Aussenwirtschaft/Stabstell/default.htm>>.

roperable Ausrüstungen zu vereinbaren. Mit Blick auf die Europäische Eingreiftruppe wird diese vertiefte Kooperation geradezu zwingend.

Kohärenz und Interoperabilität. Für die österreichische Politik sowie Rüstungs- und Dual-use-Industrie ist es entscheidend, in allen relevanten Institutionen wie beispielsweise der European Defence Industrial Group (EDIG) frühzeitig an der Diskussion künftiger Anforderungen und Rüstungsprogramme sowie kohärenter Technologiepolitik mitzuwirken. Gemeinsame Definition und Standards bedeuten Interoperabilität von Anfang an. Europäische Kooperation bietet Österreichs Industrie die Chance, ihre Technologien und Wettbewerbsfähigkeit im europäischen Vergleich zu demonstrieren und ihre Produkte in deutlich größeren europäischen Rüstungs- beziehungsweise Absatzmärkten unterzubringen.

Auch das 6. EU-Rahmenprogramm, das von 2002–2006 läuft und mit insgesamt €17,5 Mrd. dotiert ist, fördert die Integration und Stärkung des Europäischen Forschungsraums. Technologiepolitisch interessant ist hier der F&T-Schwerpunkt "Luft- und Raumfahrt", der immerhin mit €1075 Mio. subventioniert ist und Österreichs industriellen Stärken (Informations- und Softwaresysteme; Kommunikation und Elektronik; Composites; Metall- und Motorenfertigung) entsprechen sollte. Für Österreichs Dual-use-Industrie bieten die Titel "Technologien der Informationsgesellschaft" (€3625 Mio.) und "Nanotechnologien" (€1300 Mio.) weitere exzellente Einstiegspunkte in den europäischen Forschungsraum.

Märkte! Der kumulierte europäische Verteidigungsetat der 15 alten EU-Staaten beträgt etwa \$ 160 Mrd. (2003). Diese 15 Nationen investierten dabei insgesamt \$ 40 Mrd. in neue Rüstung und Entwicklungen: In Relation zu vergleichbaren US-Kennzahlen (ca. \$ 400 Mrd. bzw. \$ 100 Mrd.) ist dies zwar wenig und immer noch fragmentiert, in Relation zu Österreichs Budget bietet dies jedoch ein großes "Marktpotenzial". Ab Mai 2004 erweitert das "Europa der 25" diesen binneneuropäischen Rüstungsmarkt nochmals deutlich, wobei gerade die neuen Beitrittsländer auf dem Verteidigungssektor einen erhöhten Modernisierungs- beziehungsweise Standardisierungsbedarf haben. Für Österreich könnten perspektivisch weitere Märkte entstehen, wenn Europa sich auf harmonisierte Rüstungsexportregeln und Technologietransfers verständigte.

Die österreichische Beteiligung an Friedensmissionen und die daraus resultierenden Aufträge stabilisieren die Umsätze und die Beschäftigung der Rüstungs- und Dual-use-Unternehmen des Landes auf niedrigem Niveau. Ohne Nachfrageimpulse aus Auslandseinsätzen wären Teile dieser verteidigungsrelevanten Industrie vom Markt verschwunden und damit auch Arbeitsplätze, Technologie, Know-how und europäische Kooperationspotenziale. Diese Industrie braucht die europäische Anbindung, da Österreichs Nachfragevolumen ohne Exportoptionen zu gering ist und letztlich auf eine kaum zu rechtfertigende dauerhafte Subvention seiner Verteidigungsindustrie hinauslief.

Offset-Strategie. Die veränderte Sicherheitslage und die neuen Anforderungen an Landesverteidigung und Auslandseinsätze erfordern moderne Streitkräfte und interoperable Waffensysteme. Die Entscheidung für den Eurofighter ist jedoch nicht nur vor diesem Hintergrund zu sehen, sondern sie hat auch eine industrie- und technologiepolitische Dimension: Offsets erzeugen makroökonomische Dominoeffekte und Spin-off-Potenziale³⁰, und sie bieten die Chance, Österreichs Industriebasis durch einen gezielten Technologietransfer zu stärken, Investments ins Land zu holen und Arbeitsplätze zu schaffen. Darüber hinaus erfüllen Offsets eine Türöffner-Funktion für österreichische Produkte und Services.

³⁰ Herbert Strunz, Monique Dorsch: Sicherheitspolitik und Wirtschaft, ÖMZ 4/2003.

Im Rahmen von Offset-Vereinbarungen kann die bestehende Industrielandschaft neu gestaltet und auf Zukunft ausgerichtet werden. Das setzt allerdings voraus, dass Österreich prioritäre Industrie- und Technologie-Cluster definiert und Entscheidungen darüber trifft, vorhandene Kapazitäten gezielt zu stärken oder in neue Technologiefelder strategisch zu investieren. Dazu sollten jedoch umfassende Kenntnisse über die europäische Technologie- und Kompetenzlandschaft vorliegen und importierte Technologien mit nationalen Prioritäten und Ressourcen konsolidiert werden.

Europäische Cluster. Österreichs Verteidigungs- und Dual-use-Industrie, die überwiegend aus KMUs besteht, aber auch die Forschungsorganisationen, Industrievertretungen und Interessenverbände stehen vor der Herausforderung, sich innovationsstark und schlagkräftig in europäische Strukturen einbringen zu müssen, wenn Nutzen aus der GASP und aus gemeinsamen Auslandseinsätzen entstehen soll. Im Luft- und Raumfahrtbereich ist dies mit der Mitgliedschaft der Austrian Aeronautics Industries Group (AAIG) beim europäischen Dachverband AECMA bereits erreicht. Österreich könnte allerdings sein europäisches Gewicht nochmals erhöhen, wenn darüber hinaus die weiter gehende nationale Integration des Austrospace-Verbandes gelänge.

In der Raumfahrtindustrie wurden nationale (z.B. ProEspacio; Spanien) und europäische (z.B. SME Space Alliance) KMU-Allianzen etabliert, letztere bisher jedoch ohne österreichische Beteiligung. Diese Allianzen haben das Ziel, nicht nur ihre Interessen gegenüber großen Systemfirmen wie EADS wirkungsvoller zu vertreten, sondern auch europäische Strukturen zu schaffen, die finanzstarke und wettbewerbsfähige Größen erreichen, Skaleneffekte erzielen, Entwicklungsrisiken verteilen und gemeinsame F&T-Programme realisieren. Die Besitzverhältnisse von KMUs (häufig Familienbetriebe) stellen jedoch die eigentliche Hürde bei der Bildung europäischer KMU-Cluster dar. Alternativ zu diesen horizontalen Allianzen besteht für Subsystemlieferanten und Ausrüster die Option, auch vertikal Allianzen einzugehen und sich als Zulieferer an einen europäischen Prime zu binden, sodass über ihn letztlich größere Märkte erreicht werden können.

EU Security Research Programme. Die Europäische Kommission hat Anfang 2004 das EU Security Research Programme (ESRP) mit dem Ziel verabschiedet, durch Forschung und Technologie die Sicherheit in Europa zu erhöhen³¹. Zu den wichtigsten Schwerpunktbereichen gehören der Schutz vor Terrorismus, die Verbesserung des Krisenmanagements, die Verbesserung von Sicherheit, Zuverlässigkeit und Schutz sowie die Interoperabilität von Kommunikationssystemen, um zivilen und militärischen Behörden die europaweite Maßnahmenkoordinierung zu ermöglichen. Für die Anlaufphase (2004–2006) wurde ein Budget in Höhe von €65 Mio. veranschlagt, davon €15 Mio. im Jahr 2004. Ab 2007 soll das große ESRP starten, das zunächst mit €1 Mrd. geplant ist und mittelfristig auf bis zu €2 Mrd. aufgestockt werden soll. Das ESRP könnte auch der Nukleus einer bereits diskutierten EU Defence Research Agency³² sein, die ähnlich der US Defense Advanced Research Projects Agency (DARPA) für die Entwicklung von Verteidigungsfähigkeiten, Forschung, Akquisition und Bewaffnungen verantwortlich ist.

Mit dem ESRP verbindet Europa die Ambition, Fortschritte in Richtung eines kohärenten Ansatzes bei Innovationspolitik und Forschung zu erreichen. Dies wäre auch ein Beitrag zu den "Barcelona-Zielen", die bis 2010 3 % des BIP für R&D (Schweden heute schon 3,8 %; Finnland 3,4 %; Zahlen:

³¹ Commission of the European Communities: On the implementation of the Preparatory Action on the enhancement of the European industrial potential in the field of Security research, Towards a programme to advance European security through Research and Technology, COM (2004) 72 final.

³² M. Willeroider: EU Commission dips toe into military research; <<http://mail-archive.com/laser@inventati.org/msg00783.html>>.

2001+) vorsehen. Für Österreich bedeutete die Umsetzung dieser Ziele eine beachtliche Steigerung seiner R&D-Quote, die aktuell bei 1,95 % des BIP³³ liegt. Das außenwirtschaftlich sehr erfolgreiche Österreich dürfte bei einer R&D-Quote von 3 % dann nochmals deutlich an internationaler Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit zulegen.

Die Erfahrungen der europäischen Partner und Österreichs aus ihren Auslandseinsätzen werden in die F&T-Projekte des ESRP einfließen. Für die Manager österreichischer Rüstungs- und Technologie-Unternehmen, aber auch für Österreichs Mitglieder im EU-Parlament oder Beamte des Ministeriums der Landesverteidigung wird es darauf ankommen, die ESRP-Initiative im Rahmen der dafür zuständigen Expertengruppe inhaltlich mitzugestalten. Hier geht es um Bündelung und Neuausrichtung der Sicherheitsforschung in Europa, um Interoperabilität und um die Reduzierung von Wettbewerbsverzerrungen, die durch große amerikanische Initiativen (z.B. Homeland Security/Defense) entstehen. Für Österreich auch eine Chance, als Nettozahler zumindest partiell Anteile des EU-Beitrages aus diesem Programm zurückzuzahlen.

Europäische Konvergenz. Für die Mitgliedsländer der EU stehen zwei wichtige R&TD-Themen auf der Agenda, die auf europäischer Ebene festgelegt werden und verteidigungsrelevante Aspekte haben: So erfordern erstens die "Barcelona-Ziele" nationale Strategie- und Implementierungsdiskussionen, österreichische Interessen und europäische Ziele miteinander zu verbinden. Die Realisierung der R&D-Quoten von zunächst 2,5 % bis 2005 auf dann 3 % bis 2010 bedeutet für Österreich ein Mehr an R&D-Aufwendungen in einer Größenordnung von €3,2 Mrd. (2005) beziehungsweise €6,5 Mrd. (2010), an denen auch die Verteidigung und die dazugehörige Industrie anteilig partizipieren sollten. Darüber hinaus verlangen zweitens geräte- und investitionsintensive Forschungs- und Technologiebereiche (wie Luft- und Raumfahrt) den Aufbau europäischer R&TD-Infrastrukturen und Kompetenzzentren. Die erkennbare Europäisierung großer Themen wie Verkehr, Kommunikation, Umwelt, Energie, aber auch Verteidigung erfordert aus Wettbewerbsgründen zunehmend die europäische Vernetzung relevanter F&T-Institutionen und die Bündelung fragmentierter Assets.

Verteidigungspolitische Aspekte

Auslandseinsätze erfordern moderne und hoch motivierte Streitkräfte, die mit multikultureller Vielfalt (Partnernationen sowie Bewohnern von Krisengebieten) und hohen Risiken professionell umgehen können. Dies verlangt neben einer erstklassigen Ausrüstung auch höchste Ausbildungsstandards, die über Fremdsprachenfähigkeiten deutlich hinausgehen. Für Österreichs Streitkräfte bedeuten Auslandsmissionen "Training on the job" in einem internationalen Umfeld und Vergleich, von dem jeder Einzelne und der Staat profitieren, da universelle Ausbildungen letztlich die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt erhöhen. In der Wirtschaft sind internationale Erfahrung und Persönlichkeitsentwicklung in multikultureller Umgebung ein "Muss" und Karriere bestimmend. Die Globalisierung hat somit nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die europäischen und österreichischen Streitkräfte erreicht.

Die Beteiligung an internationalen Einsätzen fördert die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte und demonstriert international die Fähigkeiten Österreichs, auch mit Blick auf die Landesverteidigung. Auslandseinsätze zeigen im unmittelbaren internationalen Vergleich rasch und schonungslos, wo die eigenen Streitkräfte etwa hinsichtlich Ausbildung, Einsatzbereitschaft und der Waffensysteme stehen.

³³ Österreichischer Forschungs- und Technologiebericht 2003; Bericht der Bundesregierung an den Nationalrat, Mai 2003.

Ein weiterer Aspekt und Vorteil: Österreichs Mitwirkung an internationalen Friedensmissionen unterstützt den Reform- und Modernisierungsprozess seiner Streitkräfte und der Ausrüstung, da diese permanent an aktuellen Herausforderungen trainiert und gemessen werden und somit nicht die Gefahr besteht, dass eine auf Landesverteidigung beschränkte Armee hinsichtlich der Ausbildung und insbesondere des Geräts "vergreist". Auslandseinsätze treiben und beschleunigen den Reform- und Umbauprozess der Streitkräfte und garantieren auch aus Gründen der Interoperabilität eine dauerhafte Nachfrage nach modernster Ausrüstung.

Fazit: Österreichs Auslandseinsätze sind im Interesse der Streitkräfte, die dadurch internationale Erfahrung sammeln und Fähigkeiten erwerben, und sie perpetuieren vor allem die Nachfrage nach modernen und interoperablen Waffen-, Sensor- und Kommunikationssystemen.

Gesamtbilanz

Die in Politik und Öffentlichkeit häufig emotional geführte Diskussion um die Nutzen-/Kosten-Aspekte von Auslandseinsätzen könnte angesichts der beeindruckenden makroökonomischen Erfolgsbilanz und der nüchternen Zahlenrelationen deutlich entspannter geführt werden: Selbst bei einem Maximalbetrag von €120 Mio. pro Jahr³⁴ erreichen die Ausgaben für die österreichischen Auslandseinsätze höchstens 7 % des Budgets für Landesverteidigung, lediglich 0,006 % des Budgets für Soziale Wohlfahrt und nur 0,002 % des gesamten österreichischen Allgemeinen Haushaltsbudgets (alle Zahlen: 2003)³⁵. Dieser Betrag ist eine vernachlässigbar kleine, aber strategisch wichtige Investition angesichts des politischen, makroökonomischen und insbesondere außenwirtschaftlichen "Leverage Effects". Mehr noch: die Beteiligung an internationalen Friedensmissionen ist Voraussetzung und "Eintrittskarte" für den gesamtwirtschaftlichen Erfolg und die sicherheitspolitische Mitgestaltung Europas.

Die nachstehende Zusammenstellung bringt die relevanten makroökonomischen Aspekte und Effekte der österreichischen Auslandseinsätze nochmals in einer Gesamtschau auf den Punkt. Die sicherheitspolitische, technologie- oder europapolitische Nutzendimension dieser Einsätze bleibt bei dieser quantitativen Bilanz unberücksichtigt: Sie käme noch "on top". Dem strategischen Investment "Ausgaben für Österreichs Auslandsstreitkräfte" wird der vielfältige gesamtwirtschaftliche "Return-on-Investment (ROI)" gegenübergestellt – mit der Annahme, dass es bezüglich der SOE-1 Region erstens einen engen Zusammenhang (Impact: 100 %) zwischen Streitkräftepräsenz und einem dauerhaften wirtschaftlichen Aufschwung gibt, der durch wichtige Wirtschaftsindikatoren wie Direktinvestitionen, Export/Import oder Deviseneinnahmen nachvollziehbar wird, und zweitens den unmittelbaren und klar zurechenbaren Faktor "Österreichische Streitkräfte" gibt. Die Zusammenstellung macht deutlich, dass der gesamtwirtschaftliche Nutzen (Total Economic Impact bzw. ROI) selbst bei Annahme eines kleinen, anteiligen österreichischen Streitkräfte- beziehungsweise Sicherheitsbeitrags überwältigend ausfällt.

Mit Blick auf die gesamte MOE/SOE-Region ist die oben angesprochene enge Korrelation von Investment und ROI sicher nicht gegeben, da von Österreichs Streitkräftepräsenz in der SOE-1 Region³⁶ lediglich mittelbare Effekte ausgehen und der Sicherheitsbeitrag mit der Distanz abnimmt. Allerdings sollte die punktuelle Streitkräftepräsenz und der damit verbundene Stabilitätsbeitrag für Mittel- und

³⁴ Österreichs Ausgaben für Auslandseinsätze: Annex 1.

³⁵ Bundesministerium für Finanzen (BMF): Ausgaben Allgemeiner Haushalt (vorläufiges Ergebnis 2003); <http://www.bmf.gv.at/Budget/Budget2003/AusgabenAllgemeiner1910/_start.htm>.

³⁶ SOE-1: Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Serbien und Montenegro, Mazedonien, Albanien.

Südosteuropa als Ganzes nicht unterschätzt werden, da erst dieser den regionalen Handel und Warenverkehr ermöglicht. Für die als SOE-1X definierte Region, die sich aus den SOE-1 Staaten und deren Nachbarstaaten Slowenien, Ungarn, Rumänien und Bulgarien zusammensetzt, wird der Impact auf die makroökonomischen Daten für die SOE-1 Staaten mit 100 % und der Impact auf die Nachbarn nur mit 50 % gewertet. Die Kalkulationen für beide Regionen, SOE-1 und SOE-1X, zeigen daher realistische makroökonomische Effekte, die auch auf österreichische Streitkräftepräsenz zurückgeführt werden können.

Österreichs Erfolgsbilanz macht deutlich, dass die Ausgaben für seine Auslandsstreitkräfte in Höhe von maximal €120 Mio. pro Jahr sehr gut investiert sind. Der durch dieses Investment induzierte Nutzen und anteilig zurechenbare makroökonomische Gesamteffekt liegt bei allen betrachteten Wirtschaftsindikatoren so eindrucksvoll über den Ausgaben für internationale Einsätze, dass dieser Betrag fast als "Quantité negligible" bezeichnet werden kann.

Österreichs Erfolgsbilanz: Auslandseinsätze – Investment und ROI

Investment		Total Economic Impact (ROI)	
SOE-1		SOE-1	
Ausgaben Auslandsstreitkräfte ³⁷	€64 Mio.	Direktinvestitionen (Bestand)	€2,0 Mrd.
		Exporte	€1,7 Mrd.
		Handelsbilanz/Devisen	€1,2 Mrd.
		Beschäftigungseffekt (Export)	11 000
		daraus: Lohn- und Gehaltssumme	€320 Mio.
		daraus: Staatseinnahmen	€100 Mio.
		Sozialbudgeteffekte (Entlastung)	€100 Mio.
SOE-1X		SOE-1X	
Ausgaben Auslandsstreitkräfte	€64 Mio.	Direktinvestitionen (Bestand)	€4,4 Mrd.
		Exporte	€4,6 Mrd.
		Handelsbilanz / Devisen	€2,0 Mrd.
		Beschäftigungseffekt (Export)	30 000
		daraus: Lohn- und Gehaltssumme	€880 Mio.
		daraus: Staatseinnahmen	€280 Mio.
MOE/SOE		MOE/SOE	
Ausgaben Auslandsstreitkräfte	€64 Mio.	Direktinvestitionen (Bestand)	€14,0 Mrd.
		Exporte	€12,4 Mrd.
		Handelsbilanz / Devisen	€3,3 Mrd.
		Beschäftigungseffekt (Export)	80 000
		daraus: Lohn- und Gehaltssumme	€2,3 Mrd.
		daraus: Staatseinnahmen	€750 Mio.
Global			
Ausgaben Auslandsstreitkräfte ³⁸	€120 Mio.	Alle Daten:	2002

³⁷ Auslandsstreitkräfte SOE-1 bzw. SOE-1X bzw. MOE/SOE: €64 Mio. für 530 Soldaten; Kalkulationsbasis: €120 000/Person.

Dabei enthält diese Bilanz nur die wichtigsten Highlights: andere Wirtschaftseffekte, die etwa durch Importe entstehen, kommen hinzu. Auch sicherheits-, industrie- und technologiepolitische Effekte sowie eurointegrative Aspekte, die allesamt nur schwer quantifizierbar sind, erhöhen nochmals den Nutzen multilateraler Auslandseinsätze; denn die Teilnahme an Friedensmissionen fördert die internationale und nationale Sicherheit, stärkt Österreich als Akteur in Europa und sorgt für politisches Gewicht, positives Image und internationales Standing.

Die Beteiligung an Auslandseinsätzen ist im Interesse Österreichs: seiner Sicherheit, seiner Wirtschaft und Finanzen, moderner Streitkräfte, seiner Verteidigungs- und Dual-use-Industrie und seiner Position in dem sich weiter integrierenden und erweiternden Europa. Österreichs Beitrag ist ausdrücklich erwünscht, wenn es in Europa um die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die europäische Eingreiftruppe, einen gemeinsamen Rüstungsmarkt, den europäischen R&TD-Raum oder auch um die europäische Entwicklungszusammenarbeit geht.

Empfehlungen

Erfolgreiche strategische Außen- und Sicherheitspolitik entsteht erst durch die enge Zusammenarbeit von Regierung und Wirtschaft. Keiner von beiden kann globale Krisen und die aus der Globalisierung heraus entstehenden Herausforderungen allein lösen. Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf Österreich folgen deshalb einige Empfehlungen, die geeignet sind, die sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Interessen des Landes noch besser abzugleichen und seine Auslandsstreitkräfte nicht nur als Stabilitätsfaktor, sondern auch als einen wichtigen "Key enabler" für seine Außenwirtschaft zu sehen. Das Prinzip auf den Punkt gebracht: Die Ausgaben für Streitkräfte und Auslandseinsätze bilden die Anschubfinanzierung und "Investments" des Staates, während der "Return-on-Investment" durch die Wirtschaft mit vielfältigen Rückflüssen und Nutzeneffekten für den österreichischen Staat erfolgt.

1. Österreichs Beteiligung an internationalen Friedensmissionen sollte als strategisches Asset einer integrierten Außen- und Sicherheitspolitik und Außenwirtschaftspolitik gewertet werden. Die Kosten-/Nutzen-Diskussion von Auslandseinsätzen muss in einem größeren Kontext geführt werden, der die Wirkungsdynamik und die Effekte von Streitkräfteeinsätzen für Staat und Wirtschaft zeigt und der für große Industrienationen wie die USA längst selbstverständlich ist ("... by working together – business, government, and science – we can create a better strategy for integrating trade and security"³⁹). Politik und Streitkräfte schaffen die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, nicht nur heute im Irak, sondern auch damals auf dem Balkan. Angesichts der beeindruckenden wirtschaftlichen Erfolgsbilanz in MOE/SOE marginalisieren sich die Ausgaben für Österreichs Auslandseinsätze nahezu von selbst.

2. Österreichs Auslandseinsätze sollten vor dem Hintergrund einer integrierten Außen- und Sicherheitspolitik auch tatsächlich gesamtpolitisch begründet und geschlossen vertreten werden. Der finnische Weg, Auslandseinsätze nicht nur als gesamtpolitische Aufgabe zu sehen, sondern auch anteilig aus den Budgets von Außenministerium (50 %) und Verteidigungsministerium (50 %) zu finanzieren, schließt eine isolierte und nur auf Streitkräfte reduzierte Kosten-/Nutzen-Diskussion aus. Auf Österreich bezogen bedeutet dies, dass die Regierung "gesamtschuldnerisch" Relevanz und Nutzen von Friedensmissionen darstellen sollte und es nicht (nur) die Aufgabe der Streitkräfte sein kann, ihre

³⁸ Auslandsstreitkräfte global: €120 Mio. für 1000 Soldaten; Kalkulationsbasis: €120 000/Person.

³⁹ Center for International Trade and Security (CITS): Trade, technology and Security in the 21st Century: The Need for a new Strategy and Policy; The Monitor, Vol. 6, No. 2, Spring 2000.

Auslandskosten zu rechtfertigen und die positive Nutzen-/Kosten-Relation ihres Sicherheitsbeitrages nachzuweisen.

3. *Der kausale Zusammenhang zwischen Österreichs Streitkräfteengagement in Mittel- und Südosteuropa und der damit assoziierten einzigartigen außenwirtschaftlichen Erfolgsstory sollte klarer herausgestellt werden.* Der wirtschaftliche Aufschwung der SOE-Staaten und die österreichischen Handelsbilanzüberschüsse sowie die damit verbundenen Deviseneinnahmen, aber auch die positiven Beschäftigungseffekte und die daraus resultierenden Steuereinnahmen wären ohne Streitkräftepräsenz letztlich nicht darstellbar. Das Neue daran: Streitkräfte schaffen nicht nur Inlandsnachfrage, sondern auch Auslandsmärkte. Der sicherheitspolitische und gesamtwirtschaftliche Nutzen vor Österreichs "Haustüre" kompensiert bei weitem auch die wirtschaftsstrategisch sicher noch nicht voll ausgeschöpften Potenziale anderer Auslandsengagements (etwa in Syrien oder Zypern).

4. *Österreichs Auslandseinsätze sollten sehr viel stringenter an den sicherheitspolitischen und (außen)wirtschaftlichen Interessen des Landes orientiert werden.* Die an der Schnittstelle von Politik und Wirtschaft neu geschaffene Stabstelle für Strategische Außenwirtschaft bildet einen exzellenten Nukleus, um Markterschließungsinitiativen und klassische Internationalisierungsoffensiven für die Außenwirtschaft ("go international") strategisch auch mit Österreichs Entwicklungszusammenarbeit sowie Streitkräftedispositiv zu verbinden, wobei diese Überlegungen nicht unbedingt in der breiten Öffentlichkeit diskutiert werden müssen. Mit Blick auf eine kohärente und strategische Gesamtpolitik und einen größtmöglichen Nutzen wäre daher ein neues, größeres "Board" wünschenswert, das neben Vertretern des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit und der Wirtschaftskammer Österreich auch Mitglieder des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten beziehungsweise der Austrian Development Agency und insbesondere auch der Direktion für Sicherheitspolitik umfasst und ihnen auch eine konzeptionelle Rolle zugesteht. Das Rational: Südosteuropa hat gezeigt, dass Krisengebiete von gestern die Wachstumsmärkte von heute sind.

5. *Europa sollte verstärkt zum Bezugspunkt der österreichischen Verteidigungs- und Dual-use-Industrie, seiner Verbände und der nationalen Forschungseinrichtungen werden.* Die Weiterentwicklung der GASP sowie die Schaffung einer Europäischen Eingreiftruppe, aber auch große europäische Verteidigungsprogramme, der angestrebte europäische Rüstungsmarkt und die sich weiter integrierende Industrie legen es nahe, Österreichs Verteidigungs- und Dual-use-Industrie stärker an diese Zukunft heranzuführen. Finnland hat seine Verteidigungsindustrie für europäische Beteiligungen geöffnet. Um im europäischen Rüstungsmarkt erfolgreich zu sein, sollte die überwiegend aus KMUs bestehende Subsystem- und Zulieferindustrie die Anbindung an andere europäische KMUs oder an die Systemhersteller suchen. Hier winken neue Chancen und größere Märkte. Nationale Verbände und Forschungseinrichtungen sollten ebenfalls Bestandteil europäischer Netzwerke werden und dabei gleichzeitig frühe Informationslieferanten für die heimische Industrie sein beziehungsweise sich auch als deren Interessenvertreter sehen.

6. *Österreich sollte eine umfassende Analyse der europäischen Technologielandschaft und Kompetenzcluster initiieren, um im Benchmark dazu gezielt nationale Assets zu fördern oder aufzubauen.* Für die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit des Landes ist es entscheidend, die europäische Technologielandschaft und die Kompetenzfelder der anderen Nationen zu erfassen sowie diese an den eigenen Ressourcen und Stärken zu spiegeln. Deshalb sollte Österreich mit Blick auf die verteidigungsrelevante Forschung und Technologie rasch nationale und europäische Fähigkeiten beziehungsweise Nischen feststellen, um gezielte Investments und Divestments vornehmen zu können. Vereinbarte Offsets bilden wichtige Aktivposten zum strategischen Ausbau beziehungsweise Aufbau nationaler Kompetenzzentren, die jedoch nicht nur für den kleinen Binnenmarkt, sondern im Rahmen europäischer Lösun-

gen (z.B. Rüstungsexporte) perspektivisch auch für den internationalen Markt attraktiv sein müssten. Doch auch die Neugestaltung der nationalen Forschungs- und Technologielandschaft wird nur in einem europäischen Kontext (Allianzen, Forschungsprogramme) erfolgreich sein.

7. *Integrierte sicherheits- und wirtschaftspolitische Zielsetzungen sollten verstärkt Österreichs Einsatzregionen und Auslandsengagements bestimmen.* Vereinfacht formuliert nehmen primäre geostrategische Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen in konzentrischen Kreisen mit zunehmender Entfernung ab. Diese Überlegung trifft sicher auch auf Österreich zu⁴⁰. Nimmt man die Jahrzehnte lang etablierten Sicherheits- und Wirtschaftsbeziehungen zu den EU-Mitgliedsstaaten heraus, so gibt es eine natürliche Präferenz für die MOE/SOE-Staaten, da dort weiterhin die größten Instabilitäten und hohes Wirtschaftswachstum existieren. Österreichs Streitkräfte- und Wirtschaftspräsenz in der SOE-Region sollte in einem weiteren Entwicklungsschritt dazu verwendet werden, aus dieser Region heraus wiederum in konzentrischen Kreisen weitere "Go east"-Schritte vorzunehmen. Darüber hinaus sollten auch globale Auslandsengagements pragmatisch überall dort in Erwägung gezogen werden, wo österreichische Wirtschaftsinteressen vorliegen und in Verbindung mit Auslandsstreitkräften oder auch EU-Entwicklungsprogrammen ein wirtschaftliches "Window of opportunity" besteht. In diesen geostrategischen Fragen müsste das angesprochene "Board" eine entscheidende Rolle spielen.

8. *Last but not least: Österreich sollte die Modernisierung seiner Streitkräfte weiter vorantreiben und alle Einsparpotenziale mit dem Ziel ausschöpfen, Auslandseinsätze noch kosteneffizienter zu machen.* Modernisierung führt nicht per se zu höheren Ausgaben, sondern birgt auf der Zeitachse meist erhebliche Einsparpotenziale. So amortisieren sich Neuanschaffungen sehr schnell im Betrieb, in der Logistik und Wartung oder auch durch Personaleinsparungen. Darüber hinaus bestehen erhebliche Einsparpotenziale auch bei der Standardisierung der Streitkräfteausrüstung, und da nicht nur bei der Beschaffung neuer Waffensysteme, sondern auch durch Reduktion der Vielfalt und durch vereinheitlichte Modernisierung (z.B. Ugrades, Modularisierung) bestehenden Geräts. So könnte beispielsweise ein neuer standardisierter modularer Turmaufsatz (inkl. Sensoren, Effektoren und C3-Systemen) für unterschiedliche Plattformen wie die Jagdpanzer Jaguar oder Kürassier und die Schützenpanzer Ulan oder SPZ A1 nicht nur mehr Leistungssteigerung und Flexibilität bei unterschiedlichen Einsätzen bedeuten, sondern auch Kostenreduzierungen (Logistik, Wartung etc.) und Personaleinsparungen bewirken. Modernisierungsschritte dieser Art halten nicht nur die Kosten der Auslandseinsätze (Gerät und Personal) in einem vertretbaren Rahmen, sondern signalisieren Kostenbewusstsein und die Reform- und Innovationsbereitschaft der österreichischen Streitkräfte.

⁴⁰ Österreichs Sicherheitsinteressen: Annex 4.

Annex

Annex 1: Österreichs Ausgaben für Auslandseinsätze

Österreichs Auslandseinsätze: Ausgaben 1999–2003

	1999	2000	2001	2002	2003	Total	Average
Ausgaben⁴¹	83,0	78,4	61,5	63,8	57,0	€344 Mio.	€69 Mio.

Österreichs Auslandseinsätze: Ausgaben im Benchmark

Nation/Institution	Gesamtausgaben/Soldat
USA (Bosnien)	\$ 250 000 = €200 000
NATO (Bosnien)	\$ 200 000 = €160 000
Deutschland	€150 000
Österreich	€69 000 bzw. €120 000⁴²
Finnland	€105 000

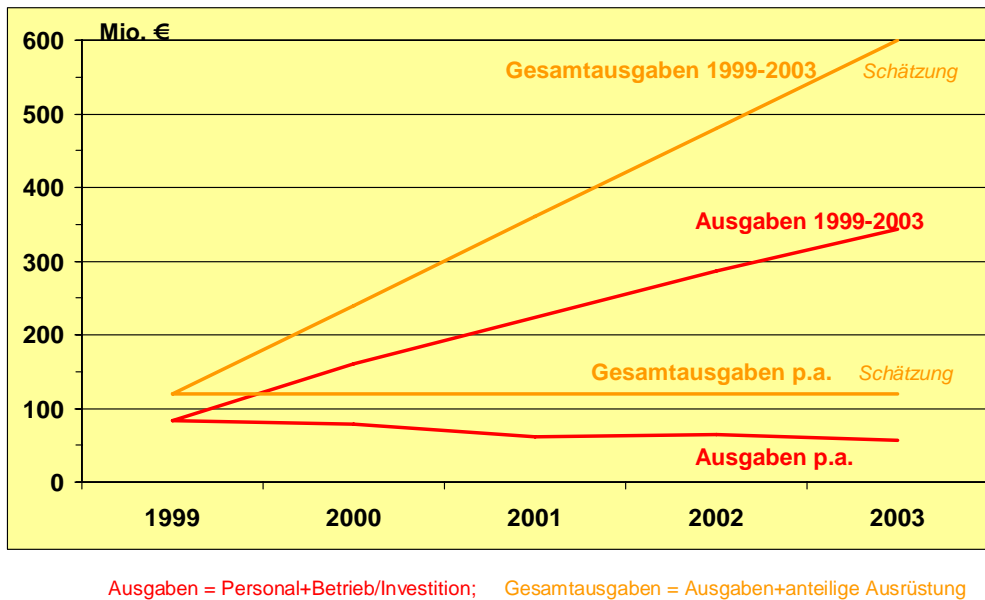
Österreichs Auslandseinsätze: Gesamtausgaben (Schätzung) 1999–2003

	1999	2000	2001	2002	2003	Total	Average
Gesamt- ausgaben	120,0	120,0	120,0	120,0	120,0	€600 Mio.	€120 Mio.

⁴¹ Bundesministerium für Landesverteidigung: Zahlungen für Internationale Einsätze des Bundesheeres (1999–2003); Ausgaben: Personalaufwand und Sachaufwand (Betrieb/Investitionen).

⁴² Schätzung: Gesamtausgaben (Personalaufwand und Sachaufwand und Ausrüstung (anteilig)).

Österreichs Auslandseinsätze Ausgaben (1999-2003)



Diese Illustration visualisiert die Ausgaben für die Auslandseinsätze von 1999–2003, wobei der Ausgabenverlauf pro Jahr beziehungsweise 1999–2003 auf den Basisdaten beruht und lediglich die Ausgaben für Personal, Betrieb und Investition widerspiegelt. Diese Ausgaben belaufen sich auf durchschnittlich etwa €70 000 pro Soldat für die letzten fünf Jahre.

Die Benchmark-Betrachtung zwischen Österreich und anderen Partnern/Institutionen wie Deutschland, Finnland, USA oder auch NATO legt nahe, dass diese Nationen/Institutionen bei ihren Angaben zusätzlich auch anteilige Ausrüstungskosten/Soldat berücksichtigen. Dem Gesamtausgabenverlauf liegt daher die Annahme beziehungsweise Schätzung zugrunde, dass für Österreich die vergleichbaren Gesamtausgaben für den Zeitraum 1999–2003 bei maximal €120 000 pro Soldat liegen und damit zwischen den finnischen und deutschen Angaben angesiedelt sind.

Annex 2: Österreichs Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit⁴³

Österreichs Entwicklungszusammenarbeit:

Fünf Schlüsselregionen, Schwerpunkt- und Kooperationsländer

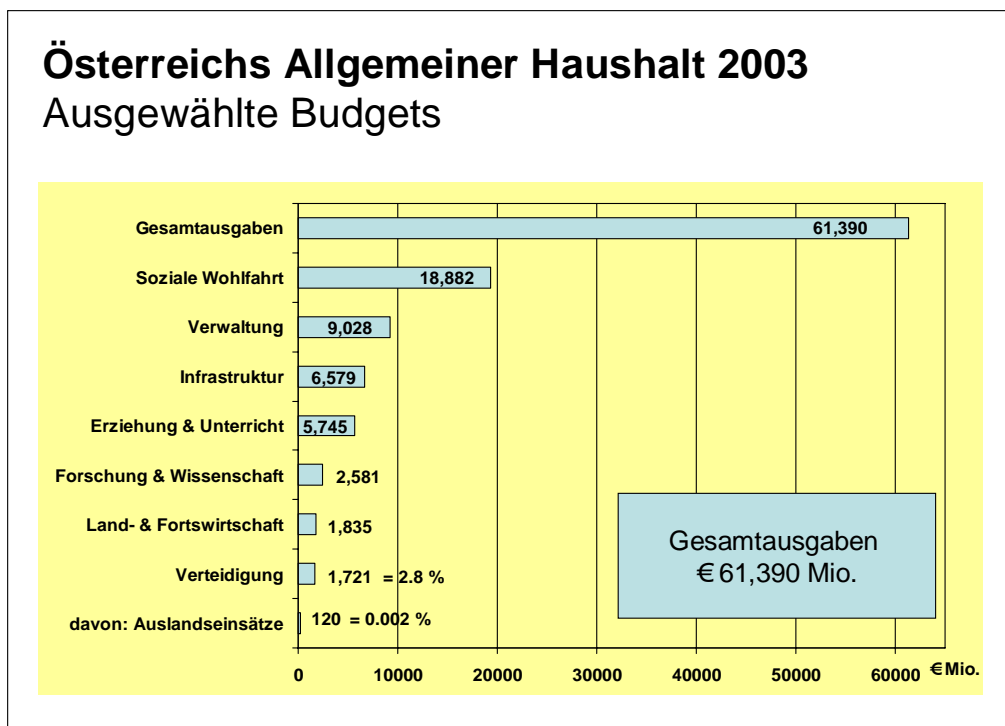
Zentralamerika	Sahelraum Westafrikas	Ostafrika	Südliches Afrika	Himalaja- Hindukusch
Nicaragua	Burkina Faso	Äthiopien	Mosambik	Bhutan
Costa Rica	Kap Verde	Uganda	Namibia	Nepal
El Salvador	Senegal	Ruanda	Simbabwe	Pakistan
Guatemala		Tansania	Republik Südafrika	
		Kenia		
		Burundi		
Sonderprogrammland		Palästinensische Autonomiegebiete		

Österreichs Ostzusammenarbeit: Schwerpunkt Südosteuropa

Bulgarien	Bosnien und Herzegowina	Serbien und Montenegro	Albanien
Rumänien	Kroatien	Mazedonien	Moldawien

⁴³ Austrian Development Agency (ADA); <<http://www.ada.gv.at>>.

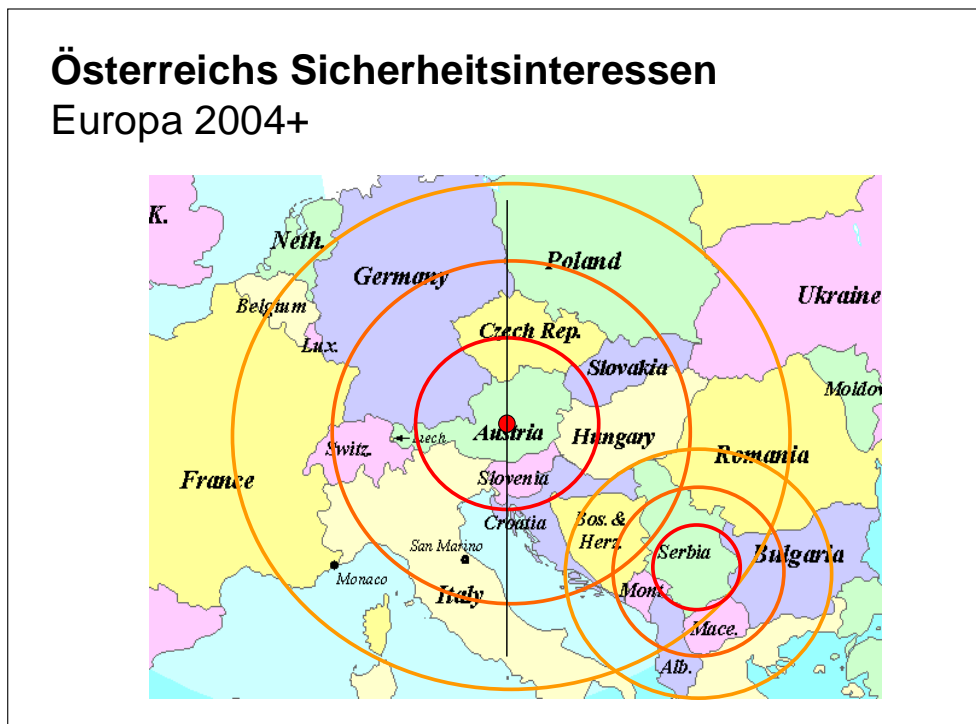
Annex 3: Österreichs Allgemeiner Haushalt 2003



Diese Illustration zeigt den Allgemeinen Haushalt⁴⁴ und die Aufwendungen für Verteidigung und Auslandseinsätze in Relation zu einigen ausgewählten Haushaltspositionen. Hier wird erkennbar, dass Verteidigung lediglich 2,8 % der Gesamtausgaben und nur 9,1 % des Budgets für Soziale Wohlfahrt ausmacht. Die Ausgaben für Österreichs Auslandseinsätze, die hier mit maximal €120 Mio. geschätzt sind, stellen lediglich 0,002 %, also 2 Promille des Allgemeinen Haushalts 2003 dar.

⁴⁴ Bundesministerium für Finanzen (BMF): Ausgaben Allgemeiner Haushalt (vorläufiges Ergebnis 2003); <http://www.bmf.gv.at/Budget/Budget2003/AusgabenAllgemeiner1910/_start.htm>.

Annex 4: Österreichs geostrategische Sicherheitsinteressen



Diese Grafik visualisiert Österreichs primäres sicherheits- und wirtschaftspolitisches Interesse, das durch seine Lage bestimmt ist und das – vereinfacht dargestellt – konzentrisch mit wachsender Entfernung abnimmt. Angesichts Jahrzehnte langer, bereits etablierter Sicherheits- und Wirtschaftsbeziehungen mit den Mitgliedsstaaten der EU gibt es darüber hinaus eine hohe Präferenz für die MOE/SOE-Region⁴⁵. In dieser Region bestehen weiterhin Sicherheitsprobleme, aber auch Wirtschafts- und Wachstumschancen – sowohl für diese Staaten als auch für Österreich. Die Streitkräfte- und Wirtschaftspräsenz im SOE-Raum sollte genutzt werden, um von da aus konzentrisch das wirtschaftsstrategische "Go east" fortzusetzen.

⁴⁵ MOE-Staaten: Polen, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Ungarn. SOE-Staaten: Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Serbien und Montenegro, Mazedonien, Albanien, Bulgarien, Griechenland.